U-6

Titel	Biodiversität in der Agrarlandschaft schützen		
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag, Fraktion im Europaparlament	SPD-	S&D-

Biodiversität in der Agrarlandschaft schützen

- 1 Wir fordern, dass der Erhalt der Biodiversität in Deutschland einen größeren Stellenwert erhält
2 und bei allen politischen Entscheidungen – insbesondere Agrarpolitik und Infrastruktur –
3 berücksichtigt wird.
- 4 Die Vorgaben der EU- Biodiversitätsstrategie müssen möglichst schnell umgesetzt werden und 30
5 Prozent der marinen und terrestrischen Fläche unter Schutz gestellt werden. Bei diesen
6 Schutzgebieten muss besonderes Augenmerk auf ihre Wirksamkeit gelegt werden.
- 7 Dementsprechend soll darüber hinaus in Zusammenarbeit mit Nachbarländern eine Kartierung
8 der Schutzgebiete erfolgen, um bessere Kohärenz und Konnektivität der Natura2000- Gebiete
9 sicherzustellen. Innerhalb dieser Schutzgebiete muss regelmäßiges Monitoring – gerade auch der
10 Pflanzenwelt – stattfinden, um ihre Wirksamkeit zu kontrollieren. Diese Zahlen sollen innerhalb
11 der Kartierung der Gebiete vermerkt und einsehbar sein. Ein solches Monitoring legt auch die
12 Basis für rechtliche Vorgaben für den Erhalt der Biodiversität und Sanktionen bei Nicht-
13 Einhaltung und kann bei der Bauplanung helfen, damit besonders wertvolle Flächen nicht
14 versiegelt werden. Zudem muss Deutschland sich innerhalb eines klaren Zeitrahmens mit
15 Zwischenzielen zu der Renaturierung von 15 Prozent der Landesfläche verpflichten – hier mit
16 Fokus auf Gebiete wie Moore, die für Klimaschutz und Biodiversität besonders wichtig sind.
- 17 Ökobetriebe haben eine deutlich bessere Biodiversitätsbilanz, deshalb fordern wir den Ausbau
18 von regionalen Programmen zur Förderung des Ökolandbaus wie dem bayerischen BioRegio 2030.
19 Ein Fokus muss hier darauf liegen einen Markt mit fairen Preisen für ökologische und regionale
20 Produkte zu schaffen, denn einen vielfältigen und nachhaltigen Anbau gibt es nur, wenn dieser
21 sich lohnt. Ein Marktzugang und Zugang zu Förderungsmitteln sollen auch für konventionelle Betriebe, die bio-
22 diversitätsfördernde Maßnahmen ergreifen, bestehen, um ihnen die Transformation zu erleichtern. Besonde-
23 re Förderung sollen Mischkulturen mit großer genetischer Variabilität, Weidenutztierhaltung, sowie Agroforst-
24 systeme erhalten.
- 25 Durch die Überdüngung in Deutschland wird nicht nur das Grundwasser verunreinigt, sie sorgt auch dafür,
26 dass neben den Kulturpflanzen Beikräuter schneller wachsen und damit die Kulturen durch die hohe Pflanz-
27 dichte anfälliger werden für Schädlinge. Der folgliche Einsatz von Pestiziden und Herbiziden hat erhebliche

28 Auswirkung auf die Artenvielfalt. Zusätzlich werden auf nährstoffarme Bedingungen angepasste Pflanzenar-
29 ten verdrängt. Wir fordern eine Reduktion der erlaubten Stickstoffüberschüsse von 50 Kilogramm pro Hektar
30 auf 30 kg pro Hektar und entsprechende Kontrollen. Dies gelingt nur mit einer drastischen Reduktion der Mas-
31 sentierhaltung und in Kooperation mit den Landwirt*innen. In einer Übergangsphase soll es Bonuszahlungen
32 pro reduziertes Kilogramm geben, um einen Anreiz zur Umstellung zu schaffen.

33 Wir lehnen den übermäßigen Anbau von Mais und Raps als Energiepflanzen in Monokultur ab, da sie dem Bo-
34 den und damit seiner Artenvielfalt und Kohlenstoffspeicherkapazitäten schaden. Wir fordern eine Begrenzung
35 der erlaubten Menge von diesen Pflanzen aus Monokultur bei den Einsatzstoffen im Betrieb von Biogasanla-
36 gen auf 40 Prozent – aktuell stammen 80 Prozent der Einsatzstoffe aus Energiepflanzen. Um Alternativen zu
37 finden, fordern wir eine Subvention des Anbaus alternativer Energiepflanzen in Mischkultur sowie Gelder für
38 die Forschung in dem Bereich. Möglich ist auch die Förderung des Anbaus von nachhaltiger Biomasse in Ge-
39 bieten, in denen es Auflagen von Gebiets- oder Gewässerschutz gibt und die dadurch nicht in Konkurrenz zu
40 Nahrungsmittelproduktion stehen.

41 Landwirt*innen, die Interesse an Maßnahmen zur Erhaltung der Biodiversität haben, brauchen leicht zugäng-
42 liche Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung. Wir fordern staatliche Beratungsstellen, die Expertise im Be-
43 reich ökologische Landwirtschaft und Biodiversität besitzen und Landwirt*innen weiterbilden. Die vorhande-
44 nen Programme müssen außerdem besser beworben werden.

45 Fehlende Einhaltung von Regelungen zur Biodiversität muss Konsequenzen haben, dafür brauchen wir eine
46 engere Kopplung von Agrar- und Umweltpolitik, um einen Rechtsrahmen mit einer umweltschutzbezogenen
47 Betreiber*innenpflicht zu schaffen.

48 Langfristig fordern wir eine Abwendung von dem aktuellen Modell der Direktzahlungen der gemeinsamen eu-
49 ropäischen Agrarpolitik (GAP), denn diese fördern Fläche vor Gemeinwohl und sind damit eine Bremse auf dem
50 Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Biodiversität. Stattdessen fordern wir erhöhte Direktzahlungen für Umwelt-
51 schutzprogramme und Ausweitung beispielsweise der Kulturlandschaftsprogramme und Landesnaturschutz-
52 programme.